



FMSG Jahresbericht 2020
gemäß § 13 Abs. 10 FMABG

Inhalt

Management Summary	3
Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen	4
Entwicklung des Bankensektors	4
Entwicklung des Versicherungssektors	6
Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen.....	9
Entwicklung des Wertpapiersektors	10
Tätigkeitsbericht	13
Über das FMSG	16
Aufgaben des FMSG	16
Mitglieder des FMSG	17

Management Summary

Die Tätigkeit des Gremiums war im Jahr 2020 von den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Finanzmarktstabilität in Österreich geprägt. Während fiskal- und geldpolitische Maßnahmen die unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie deutlich abgemildert haben, hat das Gremium mit seinen Empfehlungen zu den seit dem Jahr 2016 anzuwendenden makroprudenziellen Kapitalpuffern einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass der österreichische Bankensektor besser für krisenhafte Entwicklungen und insbesondere für die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie gewappnet ist.

Diesen Weg hat das FMSG im Jahr 2020 mit der Erneuerung seiner Empfehlungen zum Systemrisikopuffer und Puffer für Systemrelevante Institute (O-SII Puffer) weitergeführt. Darüber hinaus hat das Gremium neuerlich bekräftigt, dass für den Erhalt der Finanzmarktstabilität auch eine nachhaltige Vergabe von Immobilienkrediten eine wesentliche Rolle spielt.

Um die Risikotragfähigkeit angesichts der Covid-19 Pandemie weiter zu stärken, hat sich das Gremium den Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB), der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht (EIOPA) und der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) an die Banken und Versicherungen angeschlossen, bei der Gewinnausschüttung Zurückhaltung zu üben. Zudem hat das Gremium dazu aufgerufen, die Transparenz der Bankbilanzen angesichts von Zahlungsmoratorien und staatlichen Garantien sicherzustellen, um eine adäquate Risikoeinschätzung durch die Banken selbst, aber auch durch Investoren und Bankaufsicht gewährleisten zu können, sowie frühzeitig adäquate Risikovorsorgen zur Abdeckung der Kreditrisikokosten zu bilden.

Auch wenn die Lücke zwischen dem Verhältnis von Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt und dessen Trend im Jahr 2020 positiv geworden ist, ist das Gremium bei seiner Empfehlung für einen Antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0% geblieben, da diese positive Lücke auf den starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und nicht auf ein exzessives Kreditwachstum zurückzuführen gewesen ist.

Die Tätigkeit des Gremiums wird durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen zu den Sitzungen sowie Veröffentlichungen von Empfehlungen, Hinweisen und Berichten im Internet auf www.fmsg.at transparent gemacht.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Entwicklungen

Entwicklung des Bankensektors

Österreichische Banken erfüllten in der COVID-19-Pandemie weiterhin vollumfänglich ihre Funktion

Die Ausbreitung von COVID-19 führte im ersten Quartal 2020 zu einem abrupten Ende der günstigen makrofinanziellen Entwicklung in Österreich und CESEE und damit zu stark erhöhter Unsicherheit in der Realwirtschaft und an den Finanzmärkten, insbesondere im März 2020. Zur Abfederung von pandemiebedingten Auswirkungen wurden umfangreiche staatliche und aufsichtliche Maßnahmen ergriffen.

Der österreichische Bankensektor erwies sich als stabil und erfüllte auch unter den erschwerten Rahmenbedingungen des Jahres 2020 seine Intermediationsfunktion und versorgte die Realwirtschaft mit Krediten zur Deckung des Liquiditätsbedarfs.

Die Kreditentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen wurde im Jahr 2020 deutlich vom Ausbruch der COVID-19-Pandemie und den daraus folgenden Unterstützungsmaßnahmen beeinflusst. Das Kreditwachstum bei nichtfinanziellen Unternehmen erreichte in Österreich im April 2020 mit 7,2% seinen Höhepunkt, sank aber bis Ende Dezember 2020 auf 5,0% und damit auf das Niveau vor der Pandemie. In Summe wickelten österreichische Banken im Jahr 2020 Kredite mit staatlichen Garantien in Höhe von 6,8 Mrd EUR ab. Der Anteil der im Zuge der Pandemie gestundeten Kredite am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen erreichte im Juni 2020 seinen Höchstwert mit rund 9% bzw. einem Kreditvolumen von rund 30,6 Mrd EUR. Bis Jahresende ging das gestundete Kreditvolumen auf 14,1 Mrd EUR zurück, wobei 5,6 Mrd EUR auf Kredite an den Unternehmenssektor und 8,5 Mrd EUR auf Kredite an private Haushalte entfielen. Bis zum Ende des ersten Quartals 2021 ist das gestundete Kreditvolumen weiter gesunken – auf 7,8 Mrd EUR. Im Bereich der Haushaltskredite war nach wie vor eine kräftige Hypothekarkreditvergabe zu beobachten, während Konsumkredite deutlich rückläufig waren.

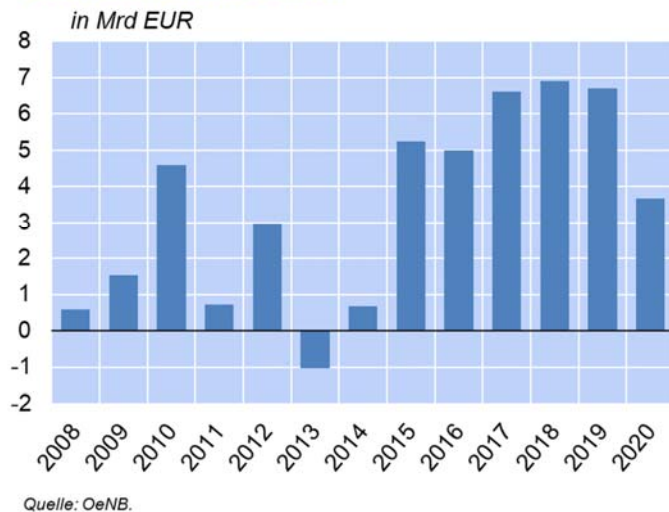
Stark steigende Kreditrisikokosten führen zu deutlich niedrigeren Gewinnen

Trotz der umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen für die Realwirtschaft ist im weiteren Verlauf der Pandemie ein Anstieg der Insolvenzen zu erwarten, der sich auch in merklich steigenden Kreditrisikokosten bei den Banken widerspiegeln wird. Die Banken haben vor diesem Hintergrund bereits begonnen Vorsorgen im Sinne einer Erhöhung der Kreditrisikokosten zu treffen, was zu einer deutlichen Gewinnreduktion im Jahr 2020 führte. Sie erzielten ein Periodenergebnis in der Höhe von 3,7 Mrd EUR auf konsolidierter Ebene, was einen Rückgang gegenüber der Vorjahresperiode im Ausmaß von -45% bedeutet.

Auch das aggregierte Periodenergebnis (nach Steuern) der österreichischen Tochterbanken in CESEE war mit 1,9 Mrd EUR im Jahr 2020 um ein Drittel niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dennoch leisteten die österreichischen Tochterbanken, wie auch in der Vergangenheit, einen wesentlichen Beitrag zur konsolidierten Profitabilität.

Die COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen (inkl. Kreditmoratorien) trugen 2020 dazu bei, dass Kreditausfälle in größerem Ausmaß vermieden werden konnten, weshalb die Quote notleidender Kredite (konsolidiert) noch unverändert auf niedrigem Niveau verweilte (2,0% per Dezember 2020).

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken



Banken gingen mit gestärkter Resilienz in die COVID-19-Pandemie

Die harte Kernkapitalquote (CET1-Quote) der österreichischen Banken belief sich im Dezember 2020 auf 16,1%.¹ Im Vergleich zur Kapitalausstattung vor der Finanzkrise 2008 konnte der österreichische Bankensektor seine Eigenmittelquote im Einklang mit den seither gestiegenen aufsichtlichen Anforderungen mehr als verdoppeln und auch die Kapitalqualität im Hinblick auf die Verlusttragfähigkeit verbessern.

Aufgrund der deutlich höheren Resilienz ist der österreichische Bankensektor dieses Mal Teil der Lösung, anders als in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009. So verfügen österreichische Banken über eine stabile Kapital- und Liquiditätssituation. Die erhöhte Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken, wozu – neben mikroprudenziellen Aufsichtsmaßnahmen – v. a. auch die makroprudenziellen Kapitalpuffer wesentlich beitrugen, verbesserte die Kreditvergabefähigkeit. In Anbetracht weiter steigender Kreditrisiken und erhöhter Unsicherheit ist dennoch das Augenmerk weiterhin auf eine solide Kapitalbasis zu legen, d.h. in Übereinstimmung mit europäischen Empfehlungen Abstand von Aktienrückkäufen zu nehmen und Gewinnausschüttungen sorgfältig abzuwägen.

Makroprudenzielle Maßnahmen stärken die Finanzmarktstabilität

Nachhaltige Kreditvergabestandards (insbesondere bei Immobilienkrediten) und die Einhaltung der durch das Finanzmarktstabilitätsgremium formulierten quantitativen Kriterien bleiben neben einer

¹ Im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit sind der trotz Kreditwachstums nahezu unveränderte Bestand an risikogewichteten Aktiva in einem Umfeld gesteigener makrofinanzieller Risiken sowie u. a. die temporären aufsichtlichen Erleichterungen zu berücksichtigen.

soliden Eigenmittelausstattung weiterhin essenziell.² Auch die von OeNB und Finanzmarktaufsicht (FMA) erarbeiteten Maßnahmen betreffend die Reduktion von Fremdwährungskrediten und die Einhaltung der aufsichtlichen Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken („[Nachhaltigkeitspaket](#)“) tragen weiterhin zur Verringerung der Verwundbarkeit des österreichischen Bankensektors bei.

Strukturelle Herausforderungen bleiben
bestehen

Die COVID-19-Pandemie verstärkt zudem bestehende Herausforderungen des Bankensektors wie etwa das Niedrigzinsumfeld und die Steigerung der Kosteneffizienz (insbesondere aufgrund des Drucks auf die Zinsmargen). Letztere ist weiterhin verhältnismäßig schwach, was sich auch in der nach wie vor hohen Aufwand-Ertrag-Relation in Höhe von 67% widerspiegelt. Gleichzeitig sind geeignete Strategien zum Umgang mit Herausforderungen aufgrund neuer Informationstechnologien zu entwickeln und umzusetzen.

Entwicklung des Versicherungssektors

Zuwächse bei den Prämieinnahmen

Im österreichischen Versicherungssektor stiegen die verrechneten Prämien im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahrzeitraum um 1,6% auf 19,1 Mrd. EUR. Innerhalb der Bilanzabteilung „Leben“ war ein Rückgang im Prämienvolumen um 1,2% auf 5,4 Mrd. EUR festzustellen. Die Prämien aus Einmalergängen reduzierten sich dabei um 3,5%, während die laufenden Prämien um 1,0% zurückgingen. Der Anteil der Prämien aus der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung an den gesamten Prämien der Bilanzabteilung „Leben“ erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 23,2% auf 25,4%. In den Bilanzabteilungen „Schaden/Unfall“ und „Kranken“ stiegen die Prämieinnahmen um 2,4% (Schaden/Unfall) auf 11,3 Mrd. EUR bzw. um 4,0% auf 2,4 Mrd. EUR (Kranken). Insgesamt zeigt sich die Prämienentwicklung stabil gegenüber dem Vorjahr.

Entwicklung der verrechneten Prämien (Gesamtrechnung)

Mio EUR	2016	2017	2018	2019	2020	Veränderung 2019-2020
Schaden/Unfall	10.481	10.197	10.697	11.026	11.292	+2,4%
Leben	6.099	5.782	5.574	5.424	5.360	-1,2%
<i>hv. fonds- und indexgebunden</i>	<i>1.537</i>	<i>1.363</i>	<i>1.329</i>	<i>1.259</i>	<i>1.364</i>	<i>8,3%</i>
Kranken	2.061	2.139	2.230	2.340	2.433	+4,0%
Gesamt	18.642	18.118	18.500	18.789	19.085	+1,6%

Quelle: FMA

² Die Leitlinie konkretisiert die Erwartungshaltung des Gremiums hinsichtlich einer nachhaltigen Immobilienkreditvergabe (u. a. in Bezug auf Eigenmittel, Laufzeit, Schuldendienst).

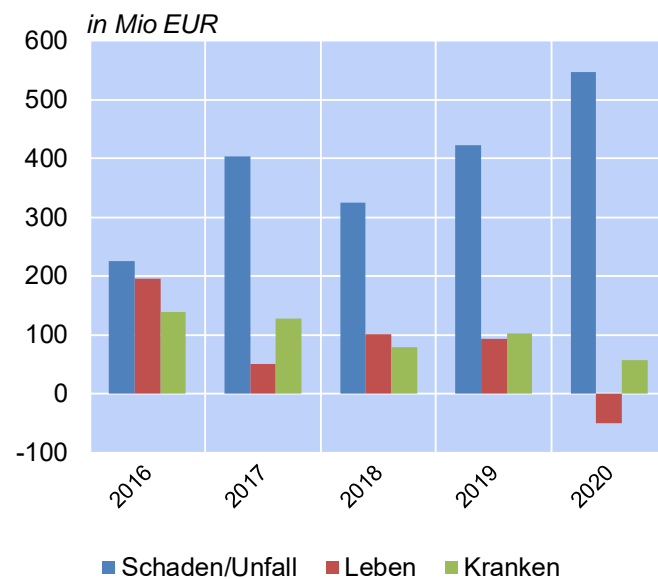
Insgesamt beliefen sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle bis zum Jahresende 2020 auf 15,8 Mrd. EUR; das entspricht einer Erhöhung von 2,9% gegenüber dem Vorjahr. In der Schadens- und Unfallversicherung stiegen die Aufwendungen um rund 1% gegenüber 2019. In der Krankenversicherung sanken die Aufwendungen im Vergleich zu 2019 um rund 5%, während in der Lebensversicherung der Anstieg rund 7% betrug. Es zeigen sich dabei einerseits Effekte aus geringeren Schadensfrequenzen im Bereich „Schaden/Unfall“ im Zusammenhang mit einer geringeren Mobilität bedingt durch Lockdowns, und andererseits Effekte aus freiwilligen Prämienstundungen, Prämienreduktionen und ähnlichen Unterstützungsmaßnahmen durch die Versicherungsindustrie (sogenanntes „VVO Paket“), welche zu einem Anstieg der Schadensbelastung führen. Die im Jahr 2020 beobachtete Reduktion des Schadenssatzes (v.a. Kfz-Sparten) führte zu einer merklichen Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses, dieses sollte sich aber mit Normalisierung der Situation wieder auf ein Vorkrisenniveau angleichen.

Rückgang des versicherungstechnischen Ergebnisses

Die Versicherungsunternehmen wiesen für das Gesamtjahr 2020 ein versicherungstechnisches Ergebnis von 554,1 Mio. EUR aus. Das entspricht einem Rückgang von 10,3%. Dabei standen Zuwächse in der Sparte „Schaden/Unfall“ (+30,0%) Rückgänge im Bereich „Kranken“ (-43,6%) und im Bereich „Leben“ gegenüber. Die Verbesserung des versicherungstechnischen Ergebnisses in der „Schaden/Unfall“-Versicherung war hauptsächlich bedingt durch eine stark reduzierte Schadensquote von 60% im Jahr 2019 auf 56,9% im Jahr 2020.

Der Einbruch im versicherungstechnischen Ergebnis in der Kranken- und Lebensversicherung war ebenfalls durch den Einbruch des Finanzergebnisses zu erklären.

Versicherungstechnisches Ergebnis



Quelle: FMA

Abnahme des Finanzergebnisses

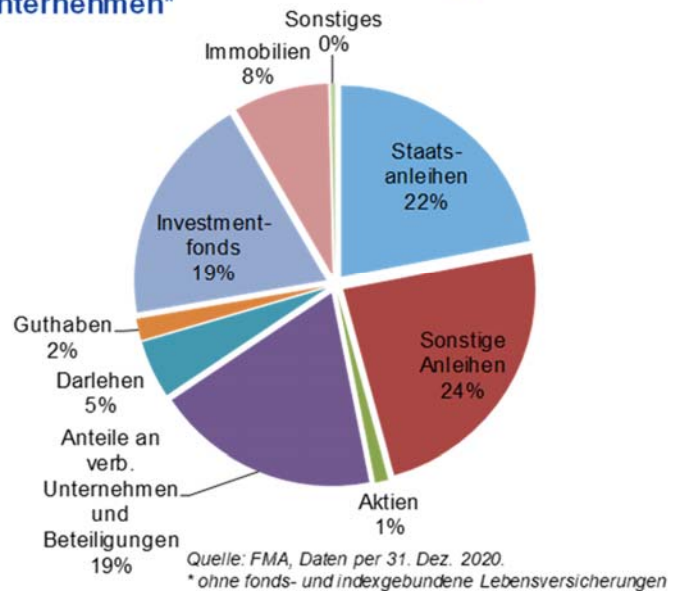
Das Finanzergebnis – Kapitalanlage- und Zinserträge abzüglich Aufwendungen für Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen – belief sich im Jahr 2020 auf 1,8 Mrd. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang in Höhe von 43,2%. Das Ergebnis resultierte aus einem Rückgang der Kapitalerträge (-17,9%) bei einem gleichzeitigen Anstieg der Kapitalaufwendungen (63,4%).

Die Vermögensstruktur der heimischen Versicherungsunternehmen (ohne Veranlagungen der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherungen) wurde durch Investments in Schuldverschreibungen mit einem Anteil von 45,7% dominiert; diese teilten sich in rund 21,9% Staatsanleihen und rund 23,8% sonstige Anleihen auf. Die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen beliefen sich auf rund

18,8%. Investmentfonds, für die keine „Durchschau“ auf die zugrundeliegenden Wertpapiere erfolgt, machten einen Anteil von 19,3% der Vermögensstruktur österreichischer Versicherungsunternehmen aus. In Immobilien wurden 8,0% der Vermögenswerte investiert, wobei der Großteil auf direkt gehaltene Objekte entfällt. Die Summe aller Assets zu Marktwerten (exkl. Kapitalanlagen der fondsgebundenen und indexgebundenen Lebensversicherung) lag Ende 2020 bei 114,4 Mrd. EUR, um 3,8 Mrd. EUR oder 3,4% über dem Wert zum Jahresende 2019.

Die stillen Nettoreserven (ohne fonds- und indexgebundene Lebensversicherung sowie die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge) betrugen Ende Dezember 2020 24,9 Mrd. EUR, ein Anstieg von 9% gegenüber Ende 2019.

Vermögenswerte der Versicherungsunternehmen*



Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) belief sich mit Ende 2020 auf rund 743,7 Mio. EUR. Dies entspricht einem Rückgang von rund 950 Mio. EUR oder 56,0% gegenüber 2019. Dieser Rückgang resultierte aus den Bereichen Schaden/Unfallversicherung mit 735,7 Mio. EUR (-50,9%), die Lebensversicherung verzeichnete einen Rückgang im EGT auf -47,6 Mio. EUR und die Bilanzabteilung „Kranken“ verringerte sich auf 55,6 Mio. EUR (-44,9%).

Rückgänge des EGT

Covid-19 Implikationen und Auswirkungen

Bei der Prämienentwicklung war in Summe kein wesentlicher Einfluss der Covid-19 Situation im Jahr 2020 ersichtlich – die Ergebnisse zeigten sich stabil gegenüber dem Vorjahr.

Bezüglich der Schadenssituation liegt zum einen eine sehr heterogene Produktlandschaft in den durch Covid-19 direkt betroffenen Geschäftsbereichen (wie etwa Betriebsunterbrechung für freiberuflich

Tätige u.a.) vor, zum anderen wird die finale juristische Interpretation der Bedingungen voraussichtlich gerichtlich zu klären sein. In Summe ist im Jahr 2020 eine merkliche Entlastung des Schadenssatzes in „Schaden/Unfall“ über den Gesamtmarkt festzustellen (im Vergleich zum Vorjahr), was hauptsächlich auf positive Lockdown-Effekte (KFZ-Sparten, geringere Mobilität etc.) zurückzuführen ist. Ebenso reduzierte sich die Erwartung der Branche an die Gesamtschadensbelastung, insbesondere in den Sparten der Betriebsunterbrechung von rund 150 Mio. EUR auf rund 117 Mio. EUR (Summe aus eingetretenen und erwarteten Schäden). Nichtsdestotrotz rechnet die Branche im Jahr 2021 mit häufiger auftretenden Insolvenzen, was insbesondere die Gewerbesparten (v.a. über Prämienausfälle, aber auch in der Kreditversicherung) belasten dürfte.

Die risikolose Zinsstrukturkurve verschob sich 2021 deutlich nach unten, was für die Versicherungsunternehmen zu einer Belastung in der Form höherer Verbindlichkeiten führte. Andere wesentliche Parameter – wie Aktienmärkte und Spreads auf den Anleihenmärkten – waren abgesehen von den starken Kursschwankungen im Zuge des ersten Lock-Downs im März 2020 auf das Gesamtjahr gesehen stabil. Durch die Rezession und notwendige geldpolitische Maßnahmen ist kurz- bis mittelfristig mit keiner materiellen Erhöhung des Zinsniveaus zu rechnen.

Trotz der großen Herausforderungen bewegt sich die Solvabilitätsquote österreichischer Versicherungsunternehmen auf hohem Niveau. Mit 220% im Median lag die Solvenzquote für den österreichischen Markt über dem europäischen Durchschnitt. Beobachtbar ist jedoch, dass österreichische Versicherungsunternehmen von den Möglichkeiten, von der Marktwertbilanzierung abzuweichen, Gebrauch machen. Auch zu beachten ist, dass sich – bedingt durch die lange Übergangsperiode von Solvency I auf Solvency II – Marktrisiken in immer stärkerem Ausmaß auf die Bilanzen durchschlagen werden.

Entwicklung der Pensionskassen und Betrieblichen Vorsorgekassen

Solide Performance der Pensionskassen
und betrieblichen Vorsorgekassen

Im abgelaufenen Berichtsjahr verzeichneten die österreichischen Pensionskassen trotz Covid-19 eine positive Performance. Die Vermögensveranlagung aller Pensionskassen zusammen erzielte im Jahr 2020 ein Veranlagungsergebnis von 2,5%. Über die letzten zehn Jahre errechnet sich somit eine durchschnittliche Performance per anno von 3,9%. Das verwaltete Vermögen der österreichischen Pensionskassen stieg im Jahresverlauf 2020 auf 25,0 Mrd. EUR und erhöhte sich somit um 2,7%. Veranlagt war das Vermögen mit Ende Dezember 2020 wie folgt: 37,2% entfielen auf Schuldverschreibungen, 36,4% auf Aktien, 7,9% auf Bankguthaben, 5,5% auf Immobilien und 12,2% auf sonstige Vermögenswerte. Damit stieg der Anteil von Aktien, Bankguthaben, Immobilien und sonstigen Vermögenswerten im Jahresvergleich, während sich der Anteil von Schuldverschreibungen reduzierte. Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten stieg bis Ende Dezember 2020 auf rund 995 Tausend, wovon etwa 12% bereits eine Pensionsleistung bezogen.

Auch bei den Betrieblichen Vorsorgekassen (BVK) war trotz des Einbruchs im ersten Quartal ein positives Veranlagungsergebnis von 1,4% im Gesamtjahr 2020 zu verzeichnen. Das verwaltete

Vermögen stieg im Jahresvergleich um 9,4% auf 14,6 Mrd. EUR. Anleihen machten zum Ende des vierten Quartals 2020 mit 61% den weitaus größten Teil der Assets aus, gefolgt von 15% Aktien, 11% Bankguthaben, sowie 6% Immobilienveranlagung. Der Anteil von Anleihen hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas reduziert. Der Kapitalmarktbezug folgend, kam es im Jahresverlauf zu einer leichten Erhöhung des Aktienanteils, während die Guthaben nach einem Anstieg im ersten Quartal bis zum Jahresende auf ein durchschnittliches Niveau zurückkehrten.

Covid-19 Implikationen

Beitragseinbußen wegen Kündigungen und rechtlicher Unsicherheiten (z.B. Kurzarbeit) waren bei den Pensionskassen für das Geschäftsjahr im Jahr 2020 (noch) nicht materiell, könnten allerdings bei einer möglichen Konkurswelle eventuell 2021 ein Thema werden.

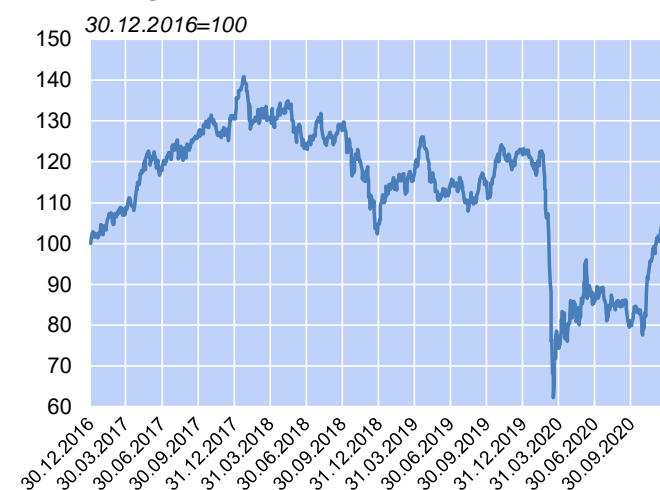
Ein Eintreten der Mindesttragsgarantie ist aufgrund der Performanceerholung seit Mitte März 2020 für die meisten Kassen unwahrscheinlich, allerdings für 2021 nicht gänzlich auszuschließen.

Etwaige Pensionskürzungen sind von der Jahresperformance 2020 und der bereits aufgebauten Schwankungsrückstellung abhängig. Die Performancezahlen schwanken jedoch je nach Veranlagungs- und Risikogemeinschaft deutlich (zwischen +8,4 % und -5,7 %).

Auch für die BVK hat sich die marktbedingte negative Performance im Q1 2020 im Verlauf des restlichen Jahres 2020 wieder erholt; mit einer Ausnahme hatten alle BVK/Veranlagungsgemeinschaften eine positive Jahresperformance im Jahr 2020 (je nach Risikodisposition der Veranlagung zwischen -0,32% und 2,89%).

Durch die steigenden Arbeitslosenzahlen erhöhte sich die Anzahl der Anwartschaftsberechtigten (AWB) mit Verfügungsansprüchen in Q1 2020. Zusammen mit der negativen Performance bedingte dies einen Anstieg von Unterdeckungen der AWB mit Verfügungsanspruch hinsichtlich der Kapitalgarantie im März 2020, welche sich bis Jahresende 2020 wieder reduzierte.

Entwicklung des ATX



Quelle: Bloomberg

Entwicklung des Wertpapiersektors

ATX beendet 2020 trotz Erholung seit März 2020 tiefer als Ende 2019

Nach einem soliden Start ins neue Jahr bescherten die durch die Covid-19 Pandemie ausgelösten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Turbulenzen auch dem österreichischen Finanz- und Kapitalmarkt ein ereignisreiches Jahr. Der Austrian Traded Index (ATX) verlor binnen weniger Wochen um die Hälfte an Wert. Einige der verlustreichsten Tage der ATX-Historie wurden in den ersten Märzwochen verzeichnet. Mit der Volatilität stieg das Handelsvolumen und es häuften sich die

Anzahl der Volatilitätsunterbrechungen. Nach den ersten massiven Schocks führten jedoch weitreichende geldpolitische und regulatorische sowie fiskalpolitische Maßnahmen zu einer Trendumkehr. Insgesamt lag der ATX zum Jahresultimo mit -12,76% dennoch deutlich hinter dem Vorjahresendwert zurück. Der österreichische Leitindex erholte sich damit im internationalen Vergleich langsamer, was mitunter auf die im ATX abgebildeten Wirtschaftssektoren und Gewichtung von Finanz- und Rohstofftiteln zurückzuführen ist. So stieg etwa in den USA der technologielastrige NASDAQ 100 um 47,58%. Der S&P 500, der die Aktien von 500 der größten börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen umfasst, kletterte im Jahresvergleich um 16,26%. Der Dow Jones Industrial Average wies einen Zuwachs für das Jahr 2020 von 7,25% aus. In Europa entwickelte sich der DAX im Jahresverlauf ebenfalls positiv und kletterte im Beobachtungszeitraum um 3,55%. Der Stoxx 50 verlor gegenüber dem letzten Handelstag des Vorjahres um 8,66 %. Der britische FTSE 100 musste wegen der Corona-Krise und der Brexit-Unsicherheit einen signifikanten Verlust von 14,34% hinnehmen.

Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse erreichte per Jahresende 2020 106,6 Mrd. EUR (dies entspricht rund 26,8% des Bruttoinlandsprodukts³) und lag damit knapp 10,4 Mrd. EUR unter dem Wert zum Jahresende 2019. Die Handelsumsätze im equity market Segment steigerten sich aufgrund der pandemieinduzierten Marktbewegungen unter Berücksichtigung der üblichen Doppelzählung gegenüber dem Vorjahr um rund 6,8 Mrd. EUR oder rund 11% auf knapp 68,8 Mrd. EUR.

Weniger Neuemissionen aber mehr
Kapitalerhöhungen im Aktiensegment

Bei Aktien gab es im Jahr 2020 keine Neuemissionen im geregelten Markt. Stark gestiegen ist gegenüber dem Vorjahr die Summe der Kapitalerhöhungen mit insgesamt 327 Mio. EUR (S IMMO und Immofinanz AG).

Das Anleihesegment der Wiener Börse verzeichnete 2020 eine starke Zunahme der Neuemissionen, insbesondere bei öffentlichen Schuldverschreibungen, sowie ein deutliches Wachstum im historisch bislang weniger bedeutenden Corporate Segment.

Covid-19 Implikationen

Nach einem starken Ansteigen der Volatilität in Q1 2020 und einer damit einhergehenden Häufung von Volatilitätsunterbrechungen war im Zeitraum Q2-Q4 2020 eine Rückkehr zu Niveaus von vor der Krise zu beobachten.

Durch das Short-Selling Verbot von März bis Mai 2020 sind die Netto-Leerverkaufspositionen deutlich zurückgegangen. Nach einer erneuten Phase des Anstiegs Mitte August 2020 sind die Netto-Leerverkaufspositionen in weiterer Folge auf noch niedrigeres Niveau gesunken.

³ Quelle: Statistik Austria.

Österreichische Wertpapierfonds erholten sich von den Marktturbulenzen im ersten Quartal 2020 zügig und verzeichneten im Gesamtjahr akkumulierte Nettomittelzuflüsse in Höhe von 5,8 Mrd. EUR. Insgesamt belief sich das verwaltete Vermögen der heimischen Fonds zum Jahresende auf 202,5 Mrd. EUR, was trotz Krise einem Zuwachs von 3,8% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ebenso wie in den Vorjahren zählten Mischfonds zu den beliebtesten Veranlagungsvarianten. Die Nettozuflüsse überstiegen hier die Werte vom Vorjahr nochmals deutlich und lagen kumuliert bei 5,1 Mrd. EUR. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase verzeichneten

Rentenfonds auch im Jahr 2020 deutliche Nettomittelabflüsse von rund 456 Mio. EUR. Aktienfonds konnten Zuflüsse in Höhe von 1,2 Mrd. EUR verzeichnen, während Veranlagungen in sonstige und alternative Fonds Abflüsse 11 Mio. EUR auswiesen. Mit einem Anteil von 44,4% am gesamten verwalteten Fondsvermögen liegen Mischfonds damit weiterhin vor den Rentenfonds mit 33,6% (inkl. kurzfristig orientierter Rentenfonds) und deutlich vor den Aktienfonds mit 16,7%.

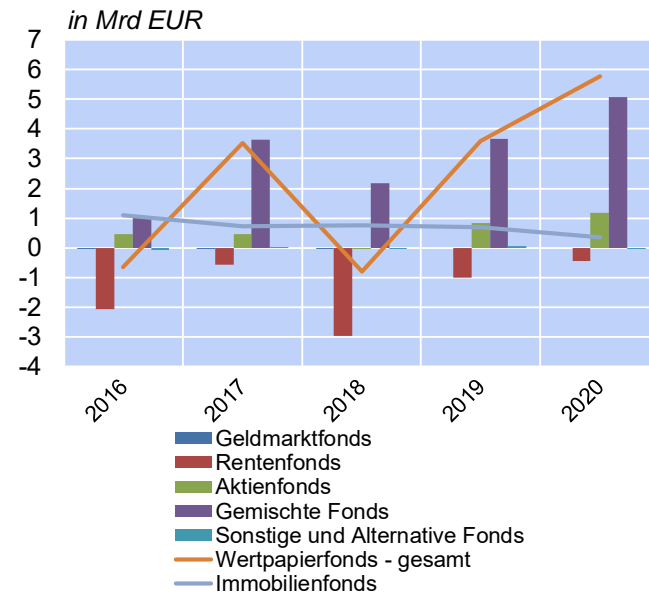
Immobilienfonds prolongierten ihren seit mehreren Jahren anhaltenden Wachstumstrend und verzeichneten 2020 Nettomittelzuflüsse von 340 Mio. EUR. Das verwaltete Vermögen stieg in dieser Fondskategorie mit Ende Q4 2020 auf 9,6 Mrd. EUR (+5% gegenüber dem Vorjahr) und hat sich somit seit 2008 mehr als verfünffacht.

Covid-19 Implikationen

Trotz Covid-19 war es hinsichtlich Nettomittelflüssen und Kurswertänderungen/Erträgen ein positives Jahr für den österreichischen Fondsmarkt. Bislang gab es keine Suspendierung der Rücklösung von Anteilscheinen oder Aktivierung anderer Liquiditätsmanagementtools iZm der Covid-19 Situation bei österreichischen Fonds aufgrund hoher Nettomittelabflüsse.

Finanzmarktstabilitätsrelevante Neuerungen waren im Bereich der Immobilienfonds zudem die geplante Novelle zur Vermeidung von Liquiditätsinkongruenzen zum Immobilien-Investmentfondsgesetz (ImmoInvFG), durch die eine Rückgabe von Anteilen an Immobilienfonds nach einer Behaltdauer von mindestens einem Jahr nur mehr zu bestimmten Terminen und nach

Nettomittelzuflüsse bei Investmentfonds



Quelle: VÖIG

einer Rückgabefrist von einem Jahr zulässig sein soll.⁴ Die geplante Novelle würde grundsätzlich zu einer Verbesserung der Liquiditätskongruenz bei Immobilienfonds führen.

Tätigkeitsbericht

Das FMSG hat im Jahr 2020 vier Sitzungen (23. bis 26. Sitzung) abgehalten. Die Sitzungen fanden am 10. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember statt.

Auswirkungen der Covid-19 Pandemie

Das Jahr 2020 war von der Covid-19 Pandemie und ihren Auswirkungen auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben geprägt. Das Gremium hat sich ausführlich mit den Folgen der Covid-19 Pandemie auf die Finanzmarktstabilität beschäftigt. Die Effekte auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung, die im Jahr 2020 stärker gesunken ist als in der Finanzkrise zuvor, werden auch Auswirkungen auf das österreichische Finanzsystem haben. Die kurzfristigen Effekte sind allerdings durch die weitreichenden wirtschaftspolitischen und aufsichtsrechtlichen Maßnahmen deutlich gemindert. Die fiskalischen Maßnahmen, wie direkte Unterstützungszahlungen an Unternehmen und staatliche Garantien für Unternehmenskredite, die erweiterte Kurzarbeit und auch die klassische Arbeitslosenversicherung haben die Verschlechterung der Kreditqualität in den Bilanzen der Banken gemildert. Die Ausweitung der geldpolitischen Operationen der Notenbanken haben den Zugang zu einer adäquaten Refinanzierung für die Banken sichergestellt. Mittelfristige Herausforderungen entstehen aber aus der Notwendigkeit, diese Maßnahmen ganz oder teilweise wieder zurücknehmen zu müssen. In diesem Zusammenhang sind solide Bilanzen, die insbesondere durch eine gute Kapitalausstattung und eine nachhaltige Kreditvergabe gewährleistet werden, wesentlich. So hat das Gremium entsprechende Initiativen in der Vergangenheit bereits gesetzt und diesen Ansatz auch mit den beschlossenen Empfehlungen zu den makroprudenziellen Kapitalpuffern fortgesetzt. Mit rund 18 Mrd. EUR an makroprudenziellen Kapitalpuffern, die in einer Krise zur Risikoabsorption verwendet werden können, sind Österreichs Banken auf mögliche Schocks gut vorbereitet und können die Realwirtschaft weiterhin mit Krediten zu international kompetitiven Konditionen versorgen. Die Banken haben die aufgrund der Zentralbankoperationen relativ günstigen Konditionen für die Emissionen von Fremd- und Eigenkapitalinstrumenten genutzt, um ihre Risikotragfähigkeit weiter zu stärken. Um für die Herausforderungen bei der Rücknahme der außergewöhnlichen Maßnahmen der Geld- und Fiskalpolitik gewappnet zu sein, hat das Gremium den Banken zudem empfohlen, frühzeitig Kreditrisikoversorgen bei drohender Verschlechterung der Kreditqualität zu bilden und die Transparenz der Bilanzen für Investoren und Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten. Die Intensivierung des Monitorings der wesentlichen Entwicklungen bei den österreichischen Banken hat sich auch im Zuge der Covid-19 Pandemie bewährt.

⁴ Siehe Ministerialentwurf vom 12.10.2020, mit dem das Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz, das Immobilieninvestmentfondsgesetz und das Investmentfondsgesetz 2011 geändert werden, https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/ME/ME_00067/index.shtml#tab-Uebersicht

Evaluierung des O-SII- und
Systemrisikopuffers

In der 24. Sitzung hat das Gremium die bereits in der 23. Sitzung begonnene Re-Evaluierung des Systemrisikopuffers und des Puffers für Systemrelevante Institute (O-SII Puffer) abgeschlossen und eine entsprechende Empfehlung an die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) gerichtet. Während der Systemrisikopuffer die erhöhte Verwundbarkeit des österreichischen Bankensystems gegenüber Störungen im Finanzsystem oder Teilen davon aufgrund der Verflechtungen innerhalb des Finanzsystems adressiert, deckte der O-SII Puffer Risiken ab, die von einer Fehlfunktion eines systemrelevanten Instituts auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft ausgehen. Beide Puffer haben wesentlich dazu beigetragen, dass der österreichische Bankensektor besser für krisenhafte Entwicklungen und insbesondere für die Auswirkungen von Covid-19 gewappnet ist. Sie ermöglichen die aus der Krise entstehenden Verluste besser zu tragen und senken die Refinanzierungskosten für Fremdkapital. Die Fremdkapitalgeber differenzieren in einer Krise noch stärker zwischen Banken mit besserer und solchen mit schlechterer Bilanzqualität. Dabei waren die makroprudenziellen Kapitalpuffer ein wesentlicher Faktor für die bessere Bewertung der österreichischen Banken durch Investoren, Ratingagenturen und internationalen Finanzinstitutionen. Das Gremium betonte, dass die Puffer in der aktuellen Pandemie ihre intendierte Wirkung entfalten können. Banken steht somit risikotragfähiges Kapital zur Verfügung, dessen Verwendung zwar zu Einschränkungen bei der Gewinnverwendung führen kann, aber darüber hinaus keine unmittelbaren aufsichtlichen Konsequenzen hat. Das Gremium hat die hohe Unsicherheit über den weiteren Krisenverlauf in seiner Empfehlung zu den Puffererfordernissen berücksichtigt und wird die Entwicklung des Umfelds im Hinblick auf die beiden Kapitalpuffer regelmäßig evaluieren. Mit der Umsetzung der neuen EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD V) werden Systemrisikopuffer und O-SII Puffer additiv, während bis dahin der jeweils höhere der beiden Puffer zur Anwendung gelangte. Auch wenn das Gremium in seiner Empfehlung für eine verspätete Implementierung der Novelle der EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD V) Vorkehrungen getroffen hat, plädierte es für deren rasche Umsetzung in österreichisches Recht im Laufe des Jahres 2021.

Zurückhaltung bei
Gewinnausschüttungen zur Erhöhung der
Widerstandsfähigkeit

Um die Widerstandsfähigkeit des österreichischen Finanzsektors gegenüber den besonderen Herausforderungen aus der Covid-19 Pandemie durch gute Kapitalausstattungen weiter zu verbessern, hat sich das Gremium den Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB), der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht (EIOPA) und der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) angeschlossen, bei der Verwendung von Gewinnen für Dividendenzahlungen, Aktienrückkäufe und Boni-Zahlungen an das Top-Management durch Banken und Versicherungen zurückhaltend zu sein.

Verbesserung der Datenlage zu
Gewerbeimmobilien

Das Gremium erachtet im Einklang mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), dem Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board, FSB) und dem Europäischen Ausschuss für

Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB) eine Verbesserung der Datenlage im Bereich der Gewerbeimmobilien als essenziell für die Analyse der Systemrisiken. Das Gremium hat daher die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) in seiner 26. Sitzung um die rechtliche Umsetzung im Rahmen des Nationalbankgesetzes (NBG) für die Meldung der notwendigen Datengrundlagen zur Ermittlung von Preisindex, Mietindex und Mietrenditeindex für Gewerbeimmobilien gem. Empfehlung des ESRB ersucht.

[Keine Veränderungen des Antizyklischen Kapitalpuffers](#)

Das Kreditwachstum an inländische Kreditnehmer ist weiterhin als nicht exzessiv einzustufen. Die Lücke zwischen dem Verhältnis von Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt und dessen Trend ist mit dem zweiten Quartal 2020 zwar positiv geworden, allerdings ist das auf den starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und nicht auf ein exzessives Kreditwachstum zurückzuführen. Daher hat sich das FMSG – auch vor dem Hintergrund der internationalen Reaktionen auf die Herausforderungen aus der Covid-19 Pandemie – dazu entschlossen, die Empfehlung eines AZKP in Höhe von 0 % der risikogewichteten Aktiva an die FMA beizubehalten.

[Systemische Risiken aus der Wohnimmobilienfinanzierung](#)

Das Wachstum von Immobilienkrediten an private Haushalte ist vor dem Hintergrund eines hohen Wettbewerbs und weiter steigender Wohnimmobilienpreise auch im Jahr 2020 dynamisch geblieben. Das Gremium hat daher festgestellt, dass die Nachhaltigkeit der Immobilienkreditvergabestandards essenziell für den Erhalt der Finanzmarktstabilität in Österreich bleibt.

[Veröffentlichungen auf der Homepage des FMSG](#)

Auch im Jahr 2020 hat das FMSG durch die Veröffentlichung von Presseaussendungen, Empfehlungen und des Berichts zum Jahr 2019 seine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit, in deren Auftrag es handelt, wahrgenommen. Zudem will das Gremium damit einen Beitrag zur Verbesserung des Informationsstands der Öffentlichkeit zum Thema makroprudenzielle Aufsicht liefern.

[Ausblick](#)

Auch im Jahr 2021 wird der Schwerpunkt der Arbeiten des FMSG auf den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf die Finanzmarktstabilität in Österreich liegen. Ein weiteres Fokusthema wird die Entwicklung der Systemrisiken aus der Finanzierung von Immobilien – sowohl von Wohn- als auch von Gewerbeimmobilien – sein. Mit der Implementierung der Novelle der EU-Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive, CRD V) in österreichisches Recht wird das Gremium eine adaptierte Version der makroprudenziellen Strategie veröffentlichen, in die auch die Erfahrungen der letzten sechs Jahre eingehen werden. Weitere Themen werden die quartalsweise Empfehlung zum Antizyklischen Kapitalpuffer, die Evaluierung der Entwicklung des Umfelds im Hinblick auf die strukturellen makroprudenziellen Kapitalpuffer sowie die jährliche Evaluierung des O-SII Puffers und der Hebelfinanzierungen von Alternativen Investmentfonds sein.

Über das FMSG

Aufgaben des FMSG

Das FMSG wurde zur Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und zur Förderung der Finanzmarktstabilität eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören gemäß § 13 Abs. 3 Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG) (i) die Erörterung der für die Finanzmarktstabilität maßgeblichen Sachverhalte, (ii) die Förderung der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches in Normal- und Krisenzeiten, (iii) gutachterliche Äußerungen, Empfehlungen und Aufforderungen im Zusammenhang mit merklichen Änderungen in der Intensität des systemischen Risikos oder von prozyklisch wirkenden Risiken und zur Einschätzung möglicher erheblicher Auswirkungen auf die Finanzstabilität im Rahmen der Abwicklung von Banken, (iv) die Abgabe von Empfehlungen an die FMA und Risikohinweisen, (v) die Beratung über den Umgang mit Warnungen und Empfehlungen des ESRB und (vi) eine jährliche Berichterstattung an den Nationalrat und den Bundesminister für Finanzen.

Die zentrale Kompetenz des FMSG ist es, in Anlehnung an das Instrumentarium des ESRB in einem transparenten Verfahren den auf Grund der laufenden Überwachung der Finanzmarktstabilität durch OeNB und FMA identifizierten Gefahren mit Empfehlungen und Risikohinweisen entgegenzuwirken. Dabei wird die institutionalisierte Verzahnung der laufenden makroprudenziellen Überwachung durch die OeNB mit den Aufsichtsagenden der FMA und dem für den Regulierungsrahmen zuständigen BMF gewährleistet. Die Einbindung von Mitgliedern des Fiskalrates stellt die Berücksichtigung der allgemeinen konjunkturellen Rahmenbedingungen und der Ziele nachhaltiger öffentlicher Haushalte sicher. Das Finanzmarktstabilitätsgremium tagt mindestens viermal im Kalenderjahr, bei Bedarf öfter.

Mitglieder des FMSG

Vorsitzender

Mag. Alfred Lejsek (BMF)

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Alfred Katterl (BMF)

Mitglieder

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber (als Fiskalratspräsident bis Februar 2020, als Vertreter der OeNB ab April 2020),

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher (Fiskalratspräsident, bis Jänner 2021),

Mag. Klaus Kumpfmüller (FMA, bis Jänner 2020),

Dkfm. Eduard Müller, MBA (FMA, ab März 2020),

Dr. Elisabeth Springler (Fiskalrat).

Stellvertretende Mitglieder

Mag. Helmut Ettl (FMA),

Mag. Karin Fischer (BMF),

Dkfm. Dr. Edith Kitzmantel (Fiskalrat, bis Juli 2020),

Mag. Philip Reading (OeNB, bis Juli 2020),

Dr. Beate Schaffer (BMF),

Dr. Ulrich Schuh (Fiskalrat),

Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger (OeNB, ab Juli 2020),

Mag. Harald Waiglein (Fiskalrat, ab Juli 2020).

Die Sekretariatsfunktion des FMSG wird von der OeNB wahrgenommen und von Mag. David Liebeg und MMag. Peter Strobl koordiniert.